

# Verdrängungseffekte und Segregation: Nachhaltige Stadtentwicklung oder Schwarzpeter-Spiel?

## Protokoll: Andreas Schneider, Renate Amstutz

Der Entwicklungsdruck in den Kernen der Agglomeration kann zu einer Verdrängung von schwachen Bevölkerungsschichten führen. Auch Quartierentwicklungsprozesse können diesen Effekt haben. Sorgt jede Gemeinde für sich, oder gibt es Ansätze für eine grenzüberschreitende Koordination?

In seinem Inputreferat zeigte Mehdi Aouda auf, dass das starke Wachstum der Metropolregion Genf mit einem zunehmenden Wohlstandsgefälle und einem anschwellenden Prekariat einher geht. Dies führte dazu, dass der Kanton Genf 2009 seine „politique de la ville“ ins Leben rief und 2012 gesetzlich verankerte. Dieses auf Schulen, Wohnungswesen, Kultur, Integration und Sicherheit ausgerichtete Investitionsprogramm soll die Quartierzugehörigkeit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität in sozio-ökonomisch benachteiligten Quartieren verbessern. Es bezieht dazu nicht nur 16 Politikbereiche des Kantons, sondern auch die Wissenschaft, betroffene Gemeinden und Zivilgesellschaft mit ein. Statt in (Verkehrs-)Infrastrukturen wird bei diesem „projet d'agglomération“ in den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft investiert!

Die anschließende, inspirierte Diskussion ergab in Hinblick auf die künftige Agglomerationspolitik was folgt:

- Die Wissenschaft (S. Sassen et al.) warnt schon seit längerem davor, dass Metropolitan-Entwicklungen als „Kehrseite der Medaille“ mit zunehmender Entmischung und wachsenden sozialen Differenzen verbunden sind. > Gemeinde- und kantonsübergreifende Programme zum „gesellschaftlichen Zusammenhalt in urbanen Räumen“ gewinnen zunehmend an Bedeutung, um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Ohne sie sind sachgerechte Lösungen immer weniger möglich.
- Die Agglomerationspolitik war bisher aufgrund des enormen Nachholbedarfs stark auf Verkehrsinfrastruktur-Investitionen ausgerichtet. Soziale Aspekte wurden bisher viel weniger behandelt, mit Ausnahme der projets urbains und der wichtigen Projekte im Rahmen der TAK. > Die künftige Agglomerationspolitik und -finanzierung müsste zusätzlich vermehrt sozialräumliche Fragen (Lebensqualität, gesellschaftliche Integration, wirtschaftliche Inklusion) berücksichtigen.
- Auffallend am Genfer Ansatz ist auch, wie wichtig und weitgehend die Zusammenarbeit der Behörden mit der Bevölkerung und Unternehmen vor Ort ist. Wie auch Prof. D. Kübler in seinem Schlussreferat bemerkte, war die Agglomerationspolitik bisher als Angelegenheit von Behörden und Exekutivpolitik stark „hohheitlich“ und Infrastruktur-fokussiert. Ein stärkerer Einbezug der Zivilgesellschaft wird zunehmend wichtiger. > Mit einer besseren demokratischen Abstützung der Agglomerationspolitik wird die Bevölkerung verlangen, dass die Mittel auch bei den sie ebenfalls unmittelbar betreffenden „weichen Themen“ im Wohnumfeld eingesetzt werden. Eine vorausschauende Agglomerationspolitik muss deshalb, ohne dass die Verkehrs- und Siedlungsaspekte vernachlässigt werden, auch auf eine dialogorientierte sozialräumlichere Planung fokussieren. Bei den Aggloprogrammen Siedlung und Verkehr bedeutet dies, auch soziale Aspekte mitzudenken. Gleichzeitig wird aber davor gewarnt, die bereits sehr umfangreichen Kriterienkataloge für die Beurteilung der Wirkung der Aggloprogramme Siedlung und Verkehr zu überladen.
- Ein partnerschaftlicher Ansatz ist in der Agglomerationspolitik und namentlich bei sozialräumlichen Aspekten zentral. Unbedingt zu beachten ist, dass man sich in partizipativen Verfahren nicht mit einer „Quasi-Repräsentativität“ begnügt, sondern sicherstellt, dass insbesondere die betroffenen

Bevölkerungskreise wirklich erreicht werden. Diese sind oft nicht einfach abzuholen. Es gilt sie an denjenigen Orten zu kontaktieren, wo sie im Alltag verkehren, zum Beispiel in Einkaufszentren, medizinischen Institutionen oder Schulen.

- Die Beteiligten müssen zwingend in die Verantwortung eingebunden werden (zum Beispiel mittels Vereinbarungen) und sich selber als Handelnde sehen, auf die es ankommt.
- Entscheidend für den Erfolg der Agglomerationspolitik ist, dass eine genügende und dauernde Finanzierung gesichert ist. Anschubfinanzierungen, wie sie der Bund bei den projets urbains leistet, reichen nicht aus. Nach dem Rückzug der Partner ist der Fortbestand der Projekte gefährdet.
- Die Behandlung sozialräumlicher Fragen muss, wie eine Agglomerationspolitik generell, zwingend langfristig ausgelegt sein. Wichtig ist, nicht immer wieder Neues zu erfinden, sondern Ansätze konsequent weiter zu verfolgen, zu sichern und weiter zu entwickeln.
- Die sozialräumlichen Fragen setzen, wie generell und immer stärker die Agglomerationspolitik insgesamt, eine Bearbeitungsebene voraus, welche die institutionellen Gemeinde-Grenzen überschreitet, neue Finanzierungsmodalitäten über die bestehenden Finanzzuständigkeiten hinaus findet und wesentliche Teile der jeweiligen Agglomeration umfasst. Nur so können die Verdrängungsprobleme in den Räumen behandelt werden, die betroffen sind, und nur so können geeignete, wirksame Massnahmen getroffen werden. Die Genfer „politique de la ville“ zeigt Ansätze dazu, was ein Kanton gegen die zunehmende räumliche Segregation, Verdrängung und Prekarisierung einzelner Bevölkerungsgruppen unternehmen könnte.